

26./III. 1916.

Fortschrittlicher Parteitag für Groß-Berlin.

Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Groß-Berlin, zu dem die Berliner Reichstagswahlkreise und die Landtagswahlbezirke Charlottenburg, Schöneberg-Neutölln, Zehlendorf und Ober- und Niederbarnim gehören, trat unter dem Vorsitz des Abg. Kopsch am Freitag abend unter sehr starker Beteiligung zusammen. Außer den Vertretern der Wahlkreise und Parteivereine waren zahlreiche Abgeordnete anwesend. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden durch Jurok wiedergewählt.

Abg. Kanow hielt einen Vortrag über die politische Lage. Er erinnerte an den 10. März 1916, den Todestag Eugen Richters, dessen Ueberzeugungstreue und uneigennütziges Vaterlandsiebe der Partei auch in der Gegenwart Leitstern sei, und kennzeichnete eine Reihe politischer Vorkommnisse der letzten Zeit, insbesondere die Vorgänge im sozialdemokratischen Lager, und die Stellung der Konservativen im preussischen Landtag zur Wahlreform und Steuerpolitik. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Erfahrungen der Kriegszeit bei allen Meinungsverschiedenheiten, die unter den politischen Parteien bestehen und bleiben werden, dazu führen würden, die Bretterzäune zwischen den Parteien niedriger zu halten und die gemeinsame Arbeit für das Staatswohl unter Zurückdrängung von Sonderinteressen zu fördern. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Wiemer sprach über die U-Boot-Frage. Er machte Mitteilung über die Stellung der parlamentarischen Vertretung der Partei im Reichstag wie im Preussischen Abgeordnetenhaus zur U-Bootfrage. Die einmütige Auffassung der Fraktionen stützt sich auf den Entschluß, wasserherzig, entschlossen und opferfreudig für alles einzutreten, was die Schicksalsstunde fordert, aber zugleich auch auf die klare Erkenntnis, daß in dieser schweren Zeit kaltes Blut und ruhige Besonnenheit, Wirklichkeitsinn und Augenmaß dem Vaterlande mehr nützt als leidenschaftliches Wünschen und Hoffen, als ein unklarer und zielloser Ueberchwang, der nur zu leicht auf Abwege führt. (Zustimmung.) Redner kennzeichnete kurz die Verhandlungen im Landtag über die U-Bootfrage und die Anträge, die gegenwärtig den Reichstag beschäftigen. Er ging näher auf die Bewegung im Lande ein, die unverkennbar ihre Spitze gegen die Reichsregierung richtet. Sicher machen viele dies mit in der rechtlichen Absicht, dem Vaterlande zu nützen. Aber die Wirkung dieser Agitation sei schädlich, weil sie die innere Einigkeit stört und das Vertrauen zu den verantwortlichen Stellen gefährdet, das im Kriege zu erhalten gebieterische Notwendigkeit ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Ausscheiden des Staatssekretärs Tirpitz aus dem Amte hat die in manchen Kreisen vorhandene Erregung gesteigert. Im Einvernehmen mit der Reichstagsfraktion hat Herr v. Payer ausgesprochen, daß auch wir dankbar anerkennen die unermüdete Pflichttreue, die er seiner Lebenswerk gewidmet hat, und ihm insbesondere dafür danken, daß es seiner Geschicklichkeit und Ausdauer gelungen ist, das Verständnis für unsere Flotte und die Liebe zu ihr in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes zu verbreiten und zu erhalten. Ich zweifle nicht, daß die ganze Partei hinter diesen Worten steht. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben die Politik des Herrn v. Tirpitz unterstützt, soweit sie unserer Ueberzeugung entsprach; wir haben sie bekämpft, wo dies nicht der Fall war, und gerade die Erfahrungen dieses Krieges haben uns recht gegeben. Redner weist auf die Bedenken hin, die die Partei gegen die Bindung des Flottengesetzes und in der Armierungsfrage geltend gemacht hat, und geht auf die Geschichte des U-Boot-Baues ein. Von der Partei ist von Anfang an ein verstärkter und beschleunigter Bau von U-Booten gefordert worden; insbesondere sind die Abgg. Leonhart und Struve aus Kiel nachdrücklich dafür eingetreten.

Auch in der freisinnigen Presse ist die gleiche Auffassung vertreten worden; Fachmänner, wie Vizeadmiral Galster und Kapitän Persius, haben in dieser Richtung zu wirken gesucht. Jedenfalls steht fest: Wäre nach dem Verlangen der Partei der Bau von U-Booten früher und schneller durchgeführt worden, so wäre die Möglichkeit ihrer erfolgreichen Verwendung im jetzigen Kriege erheblich verstärkt worden. (Lebhafte Zustimmung.) Die frühere Haltung der Partei gibt die Grundlage für unsere jetzige Stellung: Wir wollen uns die U-Boot-Waffe nicht entwinden lassen. (Lebhafte Beifall.) Wir sind stolz auf die Heldentaten unserer U-Boote wie unserer ganzen Flotte. Wir unterschreiben die Erklärung des Unterstaatssekretärs Zimmermann, daß wir

keinesfalls die Ungeheuerlichkeit des U-Boot-Krieges in der Kriegszone zugestehen, und daß wir uns bei Verhandlungen mit anderen Mächten die U-Boot-Waffe nicht aus der Hand wenden lassen können. Vereinbarungen, die das Wesen des U-Boot-Krieges nicht berühren, sind möglich, nicht aber Einschränkungen, die uns zum Verzicht auf die erfolgreiche Verwendung dieser Waffe zwingen können. (Lebhafte Zustimmung.)

Im Anschluß hieran geht Redner auf Meinungsverschiedenheiten ein, die in der öffentlichen Erörterung, insbesondere auch in verschiedenen, jüngst an den Reichstag gelangten Eingaben hinsichtlich der Verwendung der U-Boote hervorgetreten sind. Unwichtig sei die Behauptung, daß die energische Führung des U-Boot-Krieges nach den Grundsätzen der Denkschrift vom 10. Februar d. J. hinausgeschoben sei. Sie habe zum angesehenen Zeitpunkt, wie amtlich erklärt sei, begonnen. Die Grundsätze der Denkschrift, die dem Völkerricht entsprechen, finden die Billigung und Unterstützung der Partei.

Im Zusammenhang mit diesen Ausführungen behandelt Redner die Frage, welche Wirkungen ein etwaiger Konflikt mit den Vereinigten Staaten haben würde. Wir fürchten uns nicht, wir werden auch neuen Gefahren mit ruhiger Zuversicht entgegensehen, aber wir haben den Wunsch, mit Amerika in Frieden zu leben und den Bruch zu vermeiden. Wer leichtfertig durch unbesonnenes Tun den Bruch heraufbeschwören wollte, verstoßt sich an Vaterland. (Lebhafte Zustimmung.)

Bergessen wir niemals: wir stehen im Kriege! Wer sein Land liebt, wer den Sieg will, der stellt sich in der Stunde der Gefahr entschlossen hinter die, die zur Führung berufen sind. Wer das Vertrauen erschüttert aus kleinlicher Rechthaberei, wer die innere Geschlossenheit gefährdet, wer das alte deutsche Erbteil der Zwietracht von neuem emporwuchern läßt, der schädigt sein Land und treibt es auf eine Bahn, die zum Verderben führt kann. Die Fortschrittliche Volkspartei geht diesen Weg nicht. Sie hält es für ihre vaterländische Pflicht, die innere Einheit zu erhalten und das Vertrauen zur Kraft und Entschlossenheit des deutschen Volkes und seiner Führung in den Stürmen dieses Krieges zu schützen und zu stärken. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

An den Vortrag schloß sich eine eingehende Aussprache an, der sich die Herren Dr. Neumann-Frohnau, Redakteur Heile, Professor Dr. Spiegel, Georg Bernhard und die Abgg. Dove, Cassel und Hausmann sowie im Schlußwort Abg. Dr. Wiemer beteiligten. Sodann wurde folgende, von 30 Vertretern unterschriebene und vom Stadtv. Jacobi empfohlene Entschließung mit allen gegen eine Stimme angenommen:

Der Parteitag für Groß-Berlin spricht sein volles Einverständnis mit der einmütigen Haltung der Fraktionen der Fortschrittlichen Volkspartei des Reichstages und des Preussischen Abgeordnetenhauses in der U-Boot-Frage aus und unterstützt das Bestreben, die innere Einheit des deutschen Volkes zu wahren und das Vertrauen zur verantwortlichen militärischen und politischen Führung im Kriege zu stärken.

Mit Worten des Dankes an alle Teilnehmer und die Redner des Abends schloß der Vorsitzende Abg. Kopsch den Parteitag.